

## Fakten und Argumente

Wenn der Staat Steuermittel für soziale Bereiche ausgibt, so sind dies zu über 90% Löhne und Gehälter. Bei der Beschaffung von Waffen wird weniger als die Hälfte der Ausgaben für Löhne und Gehälter verwendet. Der Aufwand für Arbeitsmittel, Rohstoffe und Energie ist sehr hoch, dazu kommt noch der Gewinn für die Unternehmen. Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müssten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SteuerfahnderInnen und Pflegekräfte usw. finanziert werden. Deutschland finanziert Militär als Mittel der Machtpolitik, nicht um Arbeitsplätze zu schaffen.

### Rüstungsarbeitsplätze- teuerste Arbeitsplätze !



Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet dem Steuerzahler ca. 130 000 Eur im Jahr

Eine Gymnasiallehrerin kostet Arbeitgeberbrutto ca. 52 000 Eur im Jahr



1 Eurofighter kostet 108 Mio Eur - das entspricht 2300 Jahresgehältern für ErzieherInnen



1 U-Boot 212 A kostet 460 Mio Eur - das entspricht 10000 Jahresgehältern für AltenpflegerInnen



1 Fregatte 124 kostet 762 Mio Eur - das entspricht 14000 Jahresgehältern für LehrerInnen



Senden Sie den Rückmeldeabschnitt an die DFG-VK, oder schicken Sie uns eine Mail: [muenchen@dfg-vk.de](mailto:muenchen@dfg-vk.de) oder [ba-wue@dfg-vk.de](mailto:ba-wue@dfg-vk.de), oder bestellen Sie Materialien über die Homepage [www.schritte-zur-abrustung.de](http://www.schritte-zur-abrustung.de)

Absender:  
Name

**An die DFG-VK Bayern**  
**Schwanthalerstr. 133**  
**80339 München**

Adresse

Ich will mehr Informationen über die Kampagne

**Schritte zur**  
**Abrüstung**




# Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!



### Wozu Armeen?

„Humanitäre Interventionen“ schaffen keinen Frieden! Die Eroberung von Ölquellen war ein Fehlschlag! Terroranschläge können mit militärischen Mitteln nicht verhindert werden!

Weniger als die Hälfte der Bevölkerung befürwortet die Auslandseinsätze der Bundeswehr! (Nach einer Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr).

### Frieden durch Abrüstung bedeutet:

Keine Umrüstung der Bundeswehr zur Angriffsarmee! Kein Export von Waffen und Militärtechnik!

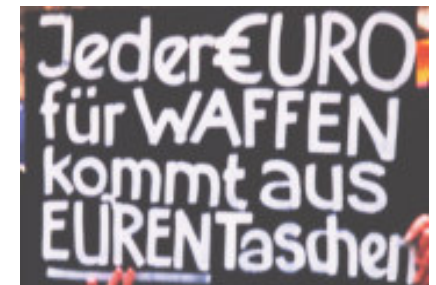
Immer weniger Mittel für Waffenbeschaffung! Immer weniger Soldaten und Zivilangestellte bei der Bundeswehr!

weitere Infos: [www.dfg-vk.de/bayern](http://www.dfg-vk.de/bayern)  
[www.schritte-zur-abrustung.de](http://www.schritte-zur-abrustung.de)  
[www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

### Aufrüstung ist Geldverschwendung!

Jeder Euro für Waffen und Militär fehlt bei der notwendigen Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien und bei der Bewältigung unserer sozialen Aufgaben.

### Auch Du zahlst für Aufrüstung und Bundeswehr!



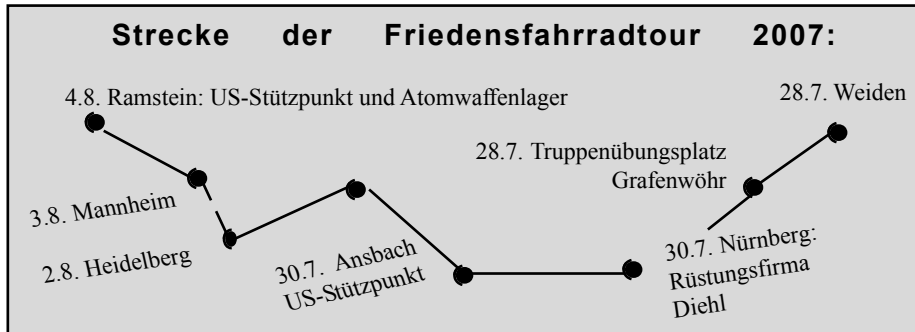
Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



# Die Aktions-Rad-Tour „Auf Achse für Frieden“ vom 28. Juli – 4. August 2007

von Weiden über Nürnberg, Ansbach, Heidelberg, Mannheim nach Ramstein

- > wirbt für Schritte zur Abrüstung und eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik
- > wirbt für die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa, zusammen mit den „Mayors for peace“ (internationale Initiative von BürgermeisterInnen)
- > wirbt für eine kontinuierliche Senkung der Rüstungsausgaben und die Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion
- > wendet sich gegen den Export von Waffen und Rüstungsgütern aus Deutschland
- > sucht das Gespräch mit Menschen, die von Rüstungsproduktion und Militär abhängig sind, u.a. bei Diskussionsveranstaltungen und bei gewaltfreien Aktionen vor Werkstoren von EADS, Heckler u. Koch, Diehl u.a.
- > sucht Bundeswehrstandorte, US- Militärstützpunkte und Truppenübungsplätze auf



## Rüstungskonversion (Umstellung der Rüstungsindustrie)

Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat kein persönliches Interesse an und keinen Vorteil von Rüstung und Militär. Mit einer Umverteilungspolitik zugunsten des Sozialbereichs, zugunsten von Bildung, Infrastruktur und nachhaltiger Energieversorgung kann der Staat mehr Arbeitsplätze finanzieren als durch Ausgaben für Militär und Rüstung. Friedenspolitik soll nicht zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt werden. Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, nützliche zivile Güter herzustellen. Impulse für andere Produkte müssen aus den Belegschaften kommen. Die Politik muß klare Rahmenbedingungen vorgeben, z.B. durch eine Senkung des Rüstungshaushaltes um jährlich 5% !

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Bayern und Baden-Württemberg, in Zusammenarbeit mit dem H-M-V-Bildungswerk und den Jugendclubs Courage in der DFG-VK Bayern. Wir bitten um Spenden für das H-M-V-Bildungswerk der DFG-VK, Konto No 33 60 68 851 bei d. Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85 Spenden steuerlich absetzbar! Konzept, Text, Gestaltung und V.i.S.d.P.: Th. Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

# Abrüstung statt Sozialabbau!



### Hier wird verschwendet!

Kosten ausgewählter Waffensysteme, geplante Ausgaben 2003 - 2014:

|                                |                |
|--------------------------------|----------------|
| Militär.Satelitensystem SATCOM | 0,820 Mrd.Eur  |
| Transporthubschrauber NH 90    | 5,157 Mrd.Eur  |
| Neue Fregatte F 124/125        | 2,100 Mrd.Eur  |
| U-Boot U-212                   | 1,616 Mrd.Eur  |
| Eurofighter                    | 24,500 Mrd.Eur |
| Kampfhubschrauber Tiger        | 3,142 Mrd.Eur  |
| Transport-Airbus A 400 M       | 8,330 Mrd.Eur  |

Gesamt ca. **45,665 Mrd. Eur**

### Hier wird gespart!

geschätzte Kürzungen pro Jahr:

|  |              |
|--|--------------|
| Renten   | 1,6 Mrd.Eur  |
| Praxisgebühr, Zahnersatz, Medikamente und Heilmittel, Fahrtkosten für Kranke | 20,0 Mrd.Eur |
| Sozialhilfe statt Arbeitslosenhilfe  | 5,3 Mrd.Eur  |

Gesamt ca. **26,9 Mrd.Eur**

Unterzeichnen Sie die folgende Petition an den Deutschen Bundestag:

### Kein Mandat für den Krieg in Afghanistan!

Ich appelliere an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Sagen Sie Nein zur Verlängerung des Mandates der Bundeswehr für einen Krieg in Afghanistan im Herbst 2007. Unterstützen Sie vielmehr Verhandlungen zwischen allen Kriegsparteien. Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz!

Name

Anschrift

Unterschrift .....  
(bitte zurück bis zum 4.10.07)